

Partner für die Zukunft

Alexander Schroth, Geschäftsführender Direktor der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern (AKDB), über die Rolle der AKDB für bayerisches E-Government und die Zusammenarbeit mit anderen IT-Dienstleistern.

Herr Schroth, welche Rolle spielt die AKDB für E-Government in Bayern?

Es ist nicht übertrieben zu sagen, dass die AKDB in diesem Zusammenhang eine Vorreiterrolle ausübt. In enger Abstimmung mit den kommunalen Spitzenverbänden und in Projekten mit dem Freistaat Bayern arbeiten wir auf das Ziel hin, die kommunale Verwaltung effizienter zu gestalten und den Service für die Bürger weiter zu verbessern. Im Alltag stößt fast jeder Bürger auf E-Government-Lösungen der AKDB: Bürgerauskunft und ZEMA realisieren einfache Melderegisterauskünfte für Bürger und für so genannte Poweruser – das sind zum Beispiel Rechtsanwälte und Auskunftsteile. Das Behördeninformationssystem BayBIS ermöglicht allen kommunalen und staatlichen Behörden in Bayern, Melderegisterauskünfte online über ein bayernweites Behördenportal abzurufen. Die Kommunen können Daten aus BayBIS für die Lösungen und Dienstleistungen aus den Kernbereichen der AKDB, dem Finanz-, Personal-, Einwohner-, Sozial- und Verkehrswesen, verwenden. Die Integration aller Fachverfahren zu einer ineinandergreifenden Lösung macht die öffentliche Verwaltung schneller, unbürokratischer und damit bürgerfreundlicher.

Wie sind bayerische Kommunen bei der Verwaltungsmodernisierung im bundesweiten Vergleich aufgestellt?

Durch die AKDB werden die bayerischen Kommunen mit neuester Technologie und Software versorgt. Mit unseren Entwicklungen und Dienstleistungen, wie zum Beispiel BayBIS, sind wir deutschlandweit führend. Die umfangreiche Produktpalette der AKDB vereinfacht die Integration der Fachverfahren. Auch beim Thema EU-DLR sowie in zahlreichen länderübergreifenden Facharbeitskreisen und Standardisierungsgremien ist die AKDB vertreten und unterstützt die Kommunen als kompetenter Partner auf ihrem Weg in die Zukunft.

Wie ist die bundesweite Vermarktung Ihrer Lösungen organisiert?

In Bayern liegt das ausschließliche Vertriebsrecht bei der AKDB. Außerhalb Bayerns gibt es keine derartige Exklusivität, das heißt, unsere Partner sind in bestimmten Bundesländern und Regionen schwerpunktmäßig tätig. Den deutschlandweiten Vertrieb der OK.-Verfahren übernimmt mit Ausnahme von Bayern, Schleswig-Holstein und Hamburg die Firma komMIT; speziell in Sachsen

und Thüringen ist das Unternehmen DVKS tätig.

Wie gestaltet sich die Zusammenarbeit mit anderen kommunalen IT-Dienstleistern?

Die AKDB ist Mitglied der Bundes-Arbeitsgemeinschaft der Kommunalen IT-Dienstleister, Vitako. Ich persönlich gehöre seit 2008 dem Vitako-Vorstand an. Gemeinsam mit 50 anderen IT-Dienstleistern aus 14 Bundesländern betreuen wir rund 500.000 IT-Arbeitsplätze in mehr als 10.000 Kommunen. Vitako pflegt unter dem Dach der kommunalen Spitzenverbände den Austausch von Erfahrungen, Kompetenzen und Strategien und bündelt so das Know-how der kommunalen IT-Dienstleister.

Welche Produktentwicklungen sind für 2009 vorgesehen?

Kontinuierliche Verbesserungen der Bedienoberflächen machen unsere Produkte noch attraktiver. Mit neuen E-Government-Angeboten der AKDB können Bürger



Alexander Schroth

künftig weitere Behördengänge auf sicherem Weg online durchführen. Eine Änderung der Meldedatenverordnung wird 2009 dafür sorgen, dass Behörden noch stärker von BayBIS profitieren. Darüber hinaus wird die AKDB die Kommunen beim Einsatz des neuen elektronischen Personalausweises effektiv unterstützen. In der Region Bayreuth läuft im Moment ein weiteres erfolgreiches Pilotprojekt: Zieht der Bürger aus der Stadt in den Landkreis oder umgekehrt, kann er sein Kfz-Kennzeichen behalten. Neue Module im Bereich Bau/Geo-

tungen vorteilhaft auswirken. Zunächst werden die Einrichtung des Einheitlichen Ansprechpartners und die Verpflichtung zur externen elektronischen Kommunikation zwar zu einem gewissen Mehraufwand führen. Zielrichtung muss aber bleiben, durch die medienbruchfreie Weiterleitung elektronischer Anträge die Verwaltungsprozesse mittelfristig zu vereinfachen und zu beschleunigen. Notwendig sind hierfür auch die vom Freistaat noch festzulegenden rechtlichen und organisatorischen Rahmenbedingungen für die Umsetzung der Dienstleistungsrichtlinie. Auf

Welche Entwicklungen bei der Verwaltungsmodernisierung können Sie aus Anbietersicht ausmachen?

An Bedeutung gewinnt zunehmend die Verknüpfung von geografischen Informationen mit Fachdaten. Darüber hinaus wird die weitere Standardisierung und Vernetzung Serviceangebote wie ein Bürgerbüro künftig noch umfassender ermöglichen. Auf Basis des elektronischen Personalausweises und von Verwaltungssignaturen werden dabei konkrete Geschäftsprozesse verbessert werden können. Anwendungen wie der

„Durch die AKDB werden die bayerischen Kommunen mit neuester Technologie und Software versorgt.“

Informationssysteme/Facility Management erlauben leichteres Arbeiten mit Geodaten im Internet. Im Personalbereich gewinnen Verwaltungen Zeit mit der digitalen Personalakte.

Welche Lösungen bietet die AKDB für die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie an?

Die EU-Dienstleistungsrichtlinie soll sich nicht nur für Unternehmen, sondern auch für Verwal-

Basis dieser Grundlagen wird die AKDB die technische Umsetzung kompetent unterstützen. An praxisgerechten Lösungen für die Kommunen wird gearbeitet, wobei zu einem wesentlichen Teil auf bereits in den Verwaltungen vorhandene Systeme zurückgegriffen werden kann. Wenn bayernweit weitere einheitliche IT-Systeme erforderlich sein werden, wird sich die AKDB mit den Spitzenverbänden abstimmen und geeignete Lösungen anbieten.

vorausgefüllte Meldeschein VAMS schaffen hier auch für die Verwaltung einen konkreten Nutzen. Einen weiteren Trend sehen wir beim Outsourcing. Und schließlich beobachten wir eine hohe Nachfrage nach Dokumenten-Management-Systemen und digitalen Archivierungsmöglichkeiten: Unsere Lösungen ermöglichen die ersten Schritte in eine papierarme Verwaltung der Zukunft.

Interview: Alexandra Reiter